

# Schuhmacher-Fachblatt

## Organ der deutschen Schuhmacher

Erzähle die Wahrheit,  
Dann kommt du zur Macht.

Wichtigt jeden Samstag. — Abonnementpreis: pro Quartal durch die Expedition per Kreuzbahn bezogen 1.10 M., bei der Post 25 Pf. Alle Konsulnthalten nehmen Bestellungen entgegen. — pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren a 1 M. 80 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 55 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplaren a 1 M. 80 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 50 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Zeitungswelt unter Nr. 7114. — Zinssätze werden mit 25 Pf. die kreisgepflanzte Seite oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/3 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 50 Prozent Rabatt.

Nr. 31

Gotha, 2. August

1903

### Die Schuhindustrie in den württembergischen Fabrikinspektionsberichten.

Die in den Berichten der Gewerbeinspektoren nur summarisch nach den industriellen Hauptgruppen geführte Gewerbebefrististik ist für die Schuhindustrie sehr ungünstig, da sie in der Gruppe Bekleidungsindustrie eingeht und so nicht zu erkennen ist, welchen Anteil sie daran hat. Man ist also in letzter Linie immer auf die betäufelnd nur in längeren Zeiträumen erfolgende Berufs- und Gewerbezählung angewiesen. In Württemberg waren 1902 223 Fabriken mit 9898 Arbeitern den Arbeiterschutzhörschriften und der Gewerbeinspektion unterstellt, welchen Anteil daran die Schuhindustrie hat, ist aus dem Berichte jedoch nicht zu erfahren, immerhin wird der größte Teil der angeführten Betriebe und Arbeiter auf sie entfallen.

Über die Geschäftslage der Schuhindustrie im Jahre 1902 macht nur der Beamte des Stuttgarter Amtsbüros eine kurze Mitteilung, wonach die Schuhmacherfabriken neuerdings eher mit dem Geschäftsgang zufrieden sind. Aber im allgemeinen liegt auf den Geschäften ein Druck, wird in dem Berichte weiter gesagt, welchen die Arbeiter vielfach zu fühlen bekommen. „Wenn auch keine Lohnreduktionen in weitem Umfang anzuführen sind — denn gegen solche müssten sich die Arbeiter gestützt auf ihre Organisationen großenteils zu vertheidigen — so hatten die Arbeiterfamilien doch mit einem Minderverdienst zu rechnen, der sich um so empfindlicher fühlbar machte, als die Preise der Lebensmittel in die Höhe gingen und besonders die Fleischpreise zu Ende des Jahres einen ungewöhnlich hohen Stand erreichten. Es wurden deshalb die Vereine, die öffentlichen und privaten Veranstaltungen, welche sich zur Aufgabe stellten, die allgemeine Not zu lindern, auch die Arbeiterunterstützungskassen mehr als sonst in Anspruch genommen.“ Es wird dann weiter ausgeführt, daß die Ernährung der Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen auch sonst im allgemeinen unrationell und deswegen teuer ist, weil viel zu viel Geld für Getränke und kaltes Essen ausgegeben wird. „Um das gleiche Geld könnten sie in Vereinsküchen, Volksküchen und andern Anstalten warmes Essen haben, sie schenken sich aber aus Gründen, die wir hier nicht erörtern wollen, dort hinzugeben.“ Schade, daß diese Gründe nicht angeführt und erörtert werden, mit vermuten, daß sie recht abharter Art sind. Diese Vereins- und Volksküchen gelten aber vielfach als „Wohlfahrtseinrichtungen“ mit almosengenossenschaftlichem Charakter und da empfinden ihre Benützung die Arbeiter als eine Demütigung. Ist dem so, dann werden ausreichende Arbeitslohn das beste Mittel für Arbeiter und Arbeiterinnen sein, für zur Einnahme regelmäßiger warmer, guter und reichlicher Mahlzeiten zu veranlassen; denn auf jeden Fall ziehen auch sie einen warmen Kalbsbraten der kalten Wurst vor. Einem nicht unwichtigen Einblick in manche Beziehungen gefüllt die weitere Darlegung des Fabrikinspectors Berner, daß sich ein Unternehmer ihm gegenüber mißbilligend darüber ausprach, daß die Arbeiterinnen in seinem Betrieb, welche bei ihren Eltern — Kleinbauern — wohnen, ihren ganzen Verdienst, welcher, wie uns bekannt, nicht schlecht ist, diesen abgeben und sich von Haus aus verlöschen lassen müßten, jedoch von dort kaum das Allernotwendigste zum Essen bekommen.“ Der Fabrikant habe Versuche, seinen Arbeiterinnen ein warmes Mittagessen zu reichen, ausgeben müssen, da die Eltern die geringen Auslagen hierfür am Verdienst ihrer Kinder nicht missen könnten. Daraus tritt uns das ganze Elend der Kleinbauern entgegen, durch das unter den dargelegten Umständen auch die Industrie in Gestalt der schlecht gehirnten und darum weniger leistungsfähigen Arbeiterschaft stark beeinträchtigt wird.

Auch aus dem zweiten Inspektionsbezirk wird berichtet, daß die Fleischpreise während des größten Teiles des Jahres außerordentlich hoch und auch die übrigen Lebensmittel im großen ganzen nicht billiger als in den letzten Jahren waren. Die Wohnungsmieten erhöhen da und dort eine Steigerung. Alle diese Umstände haben zweifellos die Lebenshaltung vieler Arbeiterfamilien ungünstig beeinflußt; in Fällen, wo sie wiederholt auftreten, mußte dieselbe sich gegen das Vorjahr 1901 noch mehr verschlechtern.

Im Berichte des Stuttgarter Amtsbüros wird mitgeteilt, daß einer Schuhfabrik erlaubt wurde, für ihre jugendlichen Arbeiter die halbtägliche Besprechungszeit auf 1/4 Stunde sowie die Mittagspause auf 1/2 Stunde (auch für Arbeiterinnen) zu verlängern. Die Arbeitszeit dauert hieran von 7 Uhr 20 Minuten bis 4 Uhr 50 Minuten mit Pausen vormittags 8 1/4, bis 9 Uhr, mittags von 12 bis 12 1/2 Uhr und nachmittags von 3 1/4 bis 4 Uhr. „Die Fabrik liegt circa 1/2 Stunde außerhalb der Stadt und die Arbeiter kommen teilweise 1 1/2 Stunden weit zur Arbeit. Durch die nunmehr eingeführte Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden netto ist es ermöglicht worden, daß die Arbeiter nicht zu früh zur Arbeit kommen müssen und zeitig heim kommen können. Die Arbeit wird genügend oft und genügend lang unterbrochen, um den sanitären Anforderungen Rechnung zu tragen. Besonders ist es für die vielen Arbeitertümmen, die dort beschäftigt sind, von großem Wert, vor dem Gang zur Arbeit und nach derselben ihre Haushaltung besorgen zu können; weil sich die Arbeitszeiten der erwachsenen und der jugendlichen Arbeiter nicht trennen lassen, wurde für letztere mit Rücksicht auf die ersten die Ausnahme zugelassen.“ Die ganze Arbeitszeit beträgt demnach 9 1/2, die effektive Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. Die Arbeitszeiterteilung ist die der englischen Arbeitszeit. Die Zwischenpausen scheinen uns im Hinblick auf die bei den üblichen geringen Schuhmacherlöhnen nicht mögliche reichliche und gute Ernährung zu knapp bemessen zu sein. Immerhin „wollen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeiter befriedigende Ergebnisse dabei erzielt haben.“

Weiter wurde in demselben Amtsbüro „aus Betriebsrätsichten“ einer Schuhfabrik erlaubt, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Nachmittagspausen der jugendlichen Arbeiter einzugehen lassen zu dürfen, da die Arbeit an diesen Tagen um 5 Uhr ruht.

Auch im zweiten Bezirk wurden zwei Schuhfabriken Ausnahmen für ihre jugendlichen Arbeiter bewilligt. Einerseits wurde der Weißfall der Vor- und Nachmittagspausen für ihre jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren gestattet, da diese von 7 1/2 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit Unterbrechung durch eine Mittagspause von 12 bis 1 1/2 Uhr, somit vormittags und nachmittags nur je 4 1/2 Stunden beschäftigt werden. Ein anderer Schuhfabrik wurde der Weißfall der Vor- und Nachmittagspausen für ihre jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, die bei gleicher Beschäftigungs- dauer als erst erwähnter in den an Stelle älterer Arbeitsräume neuerrichteten Räumen eines Teiles ihrer Anlage beschäftigt werden, zugelassen. Für die älteren Teile der Fabrik war seinerzeit die nachgeholte Ausnahmewilligung versagt worden.

In Bezug auf einen Fall von Crustystem wird berichtet: „Vom Arbeiterscretariat Stuttgart wurde über eine Schuhfabrik im zweiten Bezirk unter andern Beschwerde darüber geführt, daß den Arbeitern die zu ihrer Arbeit erforderlichen Materialien in einer den Selbstkostenpreis erheblich übersteigenden Höhe geliefert und der Betrag vom Lohn in Abzug gebracht werde. Eine Revision der Schuhfabrik ergab, daß die Beschwerde in Bezug auf einige Gegenstände begründet war, daß übrigens einige andere zu einem etwas niedrigeren Preise als dem der Selbstkosten verabfolgt wurden.“ Alle solche Zwischenfälle würden mit der endlichen Beseitigung des Fourniturenunfalls vermieden werden.

Der Amtsbürobeamte des zweiten Bezirks Herr Hochsträter berichtet kurz über das Arbeiterscretariat in Tübingen folgendes: Das von den Vereinigten Gewerkschaften in Tübingen vor zwei Jahren errichtete Arbeiterscretariat wurde nach der Mitteilung des dortigen Arbeiterscretariats im Berichtsjahr von 1123 Personen, worunter 230 weiblichen, in Anspruch genommen; von den Auskunftsnehmenden waren 455 organisiert und zwar 367 gewerkschaftlich, 72 gewerkschaftlich und politisch, 16 nur politisch, während die übrigen 688, also der weit überwiegende Teil derselben, nicht organisiert waren. Die Auskunftsberichter erreichten die Zahl von 1123, wovon 1091 männlich, 32 schriftlich gegeben wurden“. Irrtum wir nicht, besteht das Tübinger Arbeiterscretariat leider nicht mehr.

Alle drei Fabrikinspectoren widmen der Arbeiterbewegung im Gegenzug zu der badischen Fabrikinspektion,

die dafür nur wenige Zeilen hatte, längere Darstellungen und Befragungen. So konstatierter der Stuttgarter Fabrikinspecteur, daß trotz der ungünstigen Geschäftslage im Berichtsjahr und den starken Ansprüchen, welche infolge Arbeitslosigkeit etc. an die verschiedenen Arbeiterorganisationen gemacht worden sind, diese den gestellten Anforderungen in weitem Maße gerecht geworden sind und in ihrem Gefüge sich gestärkt haben. Der Beamte des zweiten Bezirks bepricht auch die Organisierung der Arbeiterinnen. „In vier der bedeutendsten Industriestädte des Bezirks waren nach den Vertrauensmännern insgesamt 52 Arbeiterinnen in vier verschiedenen Fachvereinen organisiert, während Ende 1899 in Tübingen allein dem Verein deutscher Schuhmacher 225 weibliche Mitglieder angehörten. Allem nach hat die Verminderung der Mitgliederzahl die rege Agitationstätigkeit, welche die gewerkschaftlichen Organisationen stets am Tag legten und den Eifer, eine Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter zu erreichen, mindestens aber einer Verschlechterung derselben mit allen Kräften entgegenzutreten, nicht beeinträchtigt. Auch ließen sich die Fachvereine nach wie vor angelegen sein, die Rechtsansprüche der Arbeiterverbände unter ihren Mitgliedern zu verbreiten und derselben auch durch Vorträge über Gegenstände von allgemeinem Interesse, so namentlich auch auf naturwissenschaftlichem Gebiete und auf dem der Länder- und Völkerkunde, geistig zu heben und ihren Horizont zu erweitern. In letzter Beziehung zeichneten sich namentlich die von den Gewerkschaftskarten unterstützten Vorträge, für welche tüchtige Fachmänner gewonnen und durch Bildtafeln belebt wurden, aus, sie waren in der Regel auch den nichtorganisierten Arbeitern gegen ein geringes Eintrittsgeld zugänglich. Man bekommt den Eindruck, daß den Vereinigten Gewerkschaften der Verlust zahlreicher Mitglieder vielfach durch größere Hingabe und Opferwilligkeit der Verbliebenen mehr oder weniger ausgeglichen worden sei und daß dieselben trotz ihrer geringeren Zahl innerlich gestärkt seien, als je davor.“ Es werden dann die namhaften Beziehungen der Gewerkschaften in Gestalt der Reise- und Arbeitsstellenunterstützung an ihre Mitglieder anerkannt hervorgehoben und aus einer ganzen Reihe von Städten nähere Angaben über diese Ausgaben gemacht.

Die gleiche Anerkennung wird der Wirksamkeit der Gewerkschaften auch von Herrn Hardegg, dem Amtsbürobeamten des dritten Bezirks, gespendet. In der Einleitung zu dem Abschnitt „Arbeiterorganisationen“ sagt er: „Die Schwankungen, denen unser gesamtes Erwerbsleben im Berichtsjahr unterworfen war, kamen auch in der Zahl der organisierten Arbeiter mehr oder weniger stark zum Ausdruck. Gehen die Geschäfte gut, dann nimmt die Organisation zu, im andern Fall ab. Indessen bleibt bei allen Berufsverbänden ein fester Bestand, der dort am größten ist, wo das Unterhaltungswesen am weitestgehend ausgebaut ist, gute Löhne gezahlt werden und die verhältnismäßig günstigsten Arbeitsbedingungen bestehen. Das trifft im allgemeinen bei qualifizierten Arbeitern zu und in ihrem Reihen ist auch der Streit über das gewerkschaftliche Unterhaltungswesen endgültig zu gunsten des letzteren entschieden.“ Schließlich wird auch noch das verhältnisliche Entgegenkommen der Gewerkschaften gegenüber den andern Arbeiterorganisationen objektiv gewürdig. Dabei wird und zwar nebenher, sehr richtig gesagt, daß die Gewerkschaften auch da, wo sie schwächer sind als die andern Organisationen, das Übergewicht besitzen durch die Entscheidlichkeit ihres Auftretens. Eben auch nur so kann man dem Kapital imponieren.

Im ganzen zeigt diese amtliche Beurteilung der Gewerkschaften und ihrer Wirksamkeit, wie ehrlich und verlässlich die von der kapitalistischen Scharfmacherpresse das ganze Jahr hindurch betriebene Verleumdung und giftige Begeisterung unserer Gewerkschaften ist.

### Das Finso der Firmasenier Drahtzieher.

Wir haben in letzter Nummer d. Bl. in einem Firmasenier Bericht mitgeteilt, daß unsere Kollegen der „Gründungs-Versammlung“ der Fabrikanten-Gründer zusammengestellt und in einer großen Versammlung mit Kollegen Simon als Referenten gegen den Bauernfang Stellung genommen haben. Die Drahtzieher ließen sich aber dadurch in ihrem Vorhaben nicht fören-

und hielten trocken „ihre“ Versammlung ab, die aber wider ihr Erwartet wiederum eine Versammlung der Organisierten war, wie aus folgendem ruhenden Berichte des „Schuhmarkt“ hervorgeht:

Pirmasens, 20. Juli. Die gestern Morgen in der Turnhalle stattgehabte Versammlung zwecks Gründung eines Arbeiter-Unterstützungvereins für die Schuh- und Lederverarbeitung nahm einen raschen Verlauf. Die Geschehnen, etwa 400 an der Zahl, gehörten zum überwiegenden Teile der Organisation an. Als Herr Christmann in seinen einleitenden Worten die Mitteilung machte, daß eine Diskussion nicht stattfinde, erschollen Zwischenrufe, worauf er von einer Fortsetzung der Verhandlung Abstand nahm und die Versammlung schloß.

Schuh, Pirmasenser Kollegen, das habt ihr gut gemacht, ihr habt dadurch bewiesen, daß ihr die politisch-mäßige Dummett, die euch in beliebiger Weise die Fabrikanten-Drahtzieher jummierten, nicht befreit und daß ihr früher ausgesandten seid, als die lassistische „Überhöhlungen“.

Kästlich sieht sich noch nachträglich im Lichte des obigen Berichtes die bezügliche Versammlungsanzeige, welche lautet:

Arbeiter und Arbeitnehmer von Pirmasens und Umgebung, Sonntag, den 19. Juli, vormittags 1/20 Uhr, in der Turnhalle: Große öffentliche Versammlung bezüglich Gründung eines Arbeiter-Unterstützungvereins für die Schuh- und Lederverarbeitung. Der Verein soll beweisen: Unterstützung seiner Mitglieder bei Arbeitsentlassungen, Konkursen, Bränden und Altersversorgung etc. Zu zahlreichem Besuch ergeben sich ein

Der provvisorische Ausschuß.

Sehr bemerkenswert ist, daß der in den weitesten Kreisen unbekannte Herr Christmann als der Anhänger seiner Fabrikanten-Austraggeber gleich erklärte. Diskussion gibt es nicht. Das war auch notwendig und zeigt von viel Selbstverständnis, denn ein solches Unterfangen verträgt keine Diskussion und Kritik.

Der „provisorische Ausschuß“ hat auch einen Statutenentwurf ausgearbeitet, dessen wesentlicher Inhalt wie folgt stizziert wird: Nach dem Statutenentwurf sollen von dem geplanten Verein bei Streiks (Arbeitsentlassungen) Unterstützungen auf die Dauer von 8 Wochen gewährt werden, 12 M. pro Woche an Arbeiter, 9 M. an Arbeitnehmer und an Arbeiter im Alter von 16—20 Jahren, 6 M. an Arbeitnehmer von 16—18 Jahren und an auswärts wohnende Heimarbeiter, 8 M. an jugendliche Arbeiter und Arbeitnehmer von 14—16 Jahren. Die Wochenbeiträge betragen 20, 15, 10 und 5 Pg., je nach dem Alter. Auch bei Arbeitslosigkeit, herbeigeführt durch Konkurs, Brand oder sonstige Unglücksfälle, werden Unterstützungen ausbezahlt. In solchen Fällen muß, wie die Pirmasenser Bdg. mitteilt, ein Mitglied jede sich ihm bietende Arbeitsgelegenheit annehmen; verbleibt er weniger als früher, so wird ihm die Differenz zu drei Vierteln des Lohnes aus Bereitschaften bezahlt. Arbeitnehmer können nach ihrer Verheiratung Mitglied bleiben, wollen sie dies aber nicht, so erhalten sie drei Viertel ihrer eingezahlten Beiträge zurückgezahlt. Ebenso werden bei Todessfall den Hinterbliebenen des Mitglieds drei Viertel der eingezahlten Beiträge zurückgezahlt. Ist nach fünf Jahren ein so großer Fonds vorhanden, daß bei einem allgemeinen Streik oder einer Ausperrung ein Woche lang unterliefert werden kann, so werden die überliegenden Gelder zu einer Altersversorgung verwendet. Es sollen dann alle Arbeiter und Arbeitnehmer, wenn sie in ein entsprechendes Lebensalter eintreten oder invalide werden, eine monatliche Rente erhalten, deren Höhe je nach der Dauer der Mitgliedschaft bemessen wird. Der neue Verein hat die volle Sympathie des Fabrikantenvereins, dessen Mitglieder nicht nur als passifre Mitglieder eintreten werden, sondern auch namentliche Beiträge zu leisten gesonnen sind. Nach den bis jetzt vorliegenden Beitragsverpflichtungen ist allein von passiven Mitgliedern ein jährlicher Zuschuß von ca. 6000 M. zu erwarten. Dem Verein können nur solche Mitglieder beitreten, die keiner anderen Organisation angehören, doch vermaßt sich die prov. Vereinsleitung gegen den Vorwurf, daß sie gegen die bestehenden Organisationen ankämpfen will. Der neue Verein will weiter nichts, als die bisher unorganisierten Arbeiter ebenfalls in eine Organisation zusammenfassen und zwar in einer solchen Organisation, die ohne alle politischen oder sonstigen Reibungswege, nur das Wohl ihrer Mitglieder vertritt.

Das ist ein ganz wunderbarer „Verein“, der nur in den Söhnen sozial zuständiger, arbeiterfreudlicher, den Schlossunter-Deutschpolitiken repräsentierender und ausbeutungsmünder Unternehmer, wie man sie in Pirmasens während den jungen Kampfen kennen lernte, entstehen konnte. Wie unmündige Kinder und dumme Jungen sollten sich die Arbeiter und Arbeitnehmer als Marionetten von den hinter den Kulissen sitzenden Drahtziehern lenken und lassen, um dann hektisch es noch mit ziemlich dummen Schlagzeilen: „Der neue Verein hat die volle Sympathie des Fabrikantenvereins...“ ist die Scham in gewissen Pirmasenser Kreisen zu den Hunden geschlagen?

Auch der „Schuhmarkt“ gefällt sich in der Rolle des dummen August, indem er zu dem Haßla der sogenannten „Gründungs-Versammlung“ kommt:

„Da nicht einzuhören ist, daß hiermit die geplante Gründung des Unterstützungsvereins aufgegeben ist, so darf man auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit neugierig sein. Wenn Herr Simon den geplanten Unterstützungsverein einen „Streikbegrenzverein“ nennt, so ist das wieder ein Stichwort seiner Unzulässigkeit, wie man sie seitens des Vereins deutscher Schuhmacher sieht, um konstatuiert kann. Warum sollen jene Arbeiter, die aus irgend einem Grunde nicht dem Verein deutscher Schuhmacher angehören wollen, nicht das Recht haben, einer eigenen Unterstützungsverein zu gründen? Was wäre denn aus diesen Leuten während des Stillstandes der Betriebe in Pirmasens geworden, wenn der Fabrikantenverein ihnen nicht Unterstützungs-gelder ausgezahlt hätte? Der Verein deutscher Schuhmacher hätte sie jedoch wohl fahrlässig verhungern lassen, denn seine sogenannte Arbeiterfürsorge besteht ja im ausgeprobtesten Parteidienstes nur auf die Vereinsgrenzen. Wenn dem Verein nicht angehört, der ist so ipso ein Streikbegrenzer oder sonst etwas. Daraus geht hervor, daß es der Leitung des Vereins deutscher Schuhmacher nicht um das Wohl der Arbeiter zu tun ist, sondern zunächst einmal um das Wohl des Vereins. Die Erfahrung wird wohl jenen der Organisation nicht angehörenden Pirmasenser Arbeitern geliefert haben, daß es gut für sie sein dürfte, einen Spar- oder Unterstützungsverein zu gründen, deinen Gelder nur dem Wohle der Mitglieder dienen, nicht aber für Aktionszwecke und sonst liegende Dinge verausgabt werden. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß mit rein wirtschaftlichen Arbeiterversorgungen den Mitgliedern am besten gedient ist. Nichtsdesto minder in Pirmasens der Anfang in dieser Richtung gemacht.“

Der dumme August mit dem Schlagzeile, wie er leicht und lebt: „Was wäre denn aus den unorganisierten Ausgebsparten ohne den Fabrikantenverein geworden?“ Ja, warum hat denn dasselbe Fabrikantenverein seine frühere und heutige Ausperrung gemacht? Eine Unterstützung der unorganisierten Ausgebsparten durch die Organisation — es waren bekanntlich außer dem Verein deutscher Schuhmacher noch zwei andere Fachverbände daran beteiligt — wäre ja geradezu eine Prämie auf den Ausperrungswettbewerb gewesen. „Unbedankt“ und mit allerdings gegen heimliche, die Arbeiter versichernde Projekte von Streikbrechervereinen, die zum Angenommen der Fabrikanten und zum Schaden der Arbeiter geführt werden sollen nach dem elenden Gründungs-Teile und herzliche. Alles läßt, was der dumme August zusammenfasselt, ist so dummkopf, daß es einer kritischen Bewertung bedarf. Eine schlechte Sache, wie das Streikbegrenzvereins-Projekt, kann eben nur durch schlechte Mittel verteidigt werden.

Den so „ausserwilligen“ Pirmasenser Schuhfabrikanten aber empfehlen wir dringend, den Grundbedarf von 20.000 M. mit dem versprochenen Jahresbeitrag von 6000 M. zur Aufhellerung schäflicher Arbeitsfähigkeit zu verwenden. Im übrigen aber tuen wir Ihnen zu: Die Hande weg von den Arbeitern in Sachen der Organisation, das geht euch nichts an, wir müssen uns auch nicht in eure Organisationangelegenheiten.

Kollegen in Pirmasens, lasst euch nicht fragen und irreführen von den kapitalistischen Drahtziehern, die ein elendes falsches Spiel mit euch treiben!

schäflich, welche geradezu künftige Vorbildung erfordert. Sie häufig erst durch Jahrzehntelange Vorübung erreicht werden kann. Dazu kommt, daß der Allgemeinverdienst dieser Arbeiter erfolglos ist, und lange nicht für die Lebensbedürfnisse der Großstadt genügt. Wer ist, O, wie ist ständige Regel ist, dem Arbeiter selbst in der dringlichsten Zeit nur der Baar pro Woche zum Fortgelten verabschiedet werden, weil sie nicht gut genug ausfallen würden, wenn für Herrenbuden 15, Damenbuden 18 Stunden Arbeitszeit selbst von Vertretern der Innung auf dem Gewerbegericht als notwendig bezeichnet wurden, infolge Lieferzeit, wenn, da es sich fast ausschließlich um Hersteller handelt, Werkstätte, Feuerung und Licht vom Arbeiter selbst geführt werden müssen, wenn in der längsten Zeit des Jahres der Arbeiter nur ein bis zwei Baar erhält, ja sehr häufig wochenlang ganz aussehen muß, so wird es denn den denkenden Menschen begegnen erscheinen, das nur sehr wenige Arbeiter über einen Bodenlohn von 24 M. hinauskommen. Tatsächlich waren auch noch unseren partikulären Feststellungen unter 170 Arbeitern der ersten, zweiten und dritten Lohnstufe ganze 11 Personen, welche einen Jahresverdienst von über 1200 M. aufzuweisen konnten und das trotz aller kapitalistischen Leistungsfähigkeit.

Die beiderlei Auslösungen in der hiesigen Presse halten den Vorständen des Gewerbegerichts verantwortlich, der Verlust einer Einnahme zu unterdrücken, worauf auch von beiden Seiten bereitwillig eingegangen wurde. Ein Schiedsgericht nun zweit von der Innung und zwei von den Arbeitern ernannte Vorstufen, darin der Gewerbegerichtsvorstand präsidieren wollte, sollte die von je fünf Vertretern beider Parteien vorgelegten Differenzpunkte prüfen und der nicht erfolgender Einstellung unparteiisch entscheiden. Zug zweit lang ausgedehnte Sitzungen in welchen sich die Vertreter der Innung in der ganzen Glorie ihrer Innungsmehrheitlichkeit zeigten und nicht nur das Wohlgefallen, sondern auch starke Zurechtweisungen seitens des Vorständen, ja selbst auch seitens der von ihnen bestellten Beisitzer hervortaten, und wo sie ihre ganze sozialpolitische Niedrigstandslösung geradezu altertümlich feststellen ließen, mochten die Verhandlungen am Ende der zweiten abgebrochen werden, nachdem das Schiedsgericht der innenpolitischen Kleinheitsstruktur der Innungsbrüder vergeblich war.

Am 27. April brach der offene Kampf aus, der mit ausgesetztem Begeisterung einsetzte, wenn auch ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter weiter schwante. Von den zur Zeit beschäftigten 900 Gehilfen (nicht 84!) Doppelpersonal Schuhwarenimportiert wurden. Das Verhältnis ist in jene die deutsche Schuhindustrie überaus günstig, nichtdesöniger mit seitens der deutschen Schuhfabrikanten doch beständig über die hohen Zölle der Schweiz und die niedrigen Zölle Deutschlands gekennzeichnet.

34 Unfälle sind in der Zeit vom 22. bis 29. Juni aus deutscher Schuh- und Schaffärbefabrikation bei der Beleidigungsinstitut-Berufsgenossenschaft angemeldet worden.

Aus der Schuhindustrie. Die Schuhfabrik von Adler in Frankfurt a. M. ist nach dem „Schuhmarkt“ in Liquidation getreten. — Die Sandalenfabrik von Weißels in Oberhausen erfaßt eine baumliche Vergroßerung.

— Eine Schuhmacherschau in Waalwijk (Holland) findet im nächsten Monat statt.

— Centralverband deutscher Schuhwarenhändler. Von den Gründer Schuhhändlern veranlaßte Kongress der deutschen Schuhhändler hat in Leipzig stattgefunden und zur Gründung eines neuen Verbandes unter obigem Titel geführt, dem aber bisher nur ausgeschlossen nur Schuhhändler in Sachsen und Thüringen angehören. Dieser neue Verband will energetischer als der ältere deutsche Schuhhändlerverband die Handelshäuser, Konsumvereine, Fabrik- und Sparvereine, den Handelsverband, die Schuhfabrikanten mit eigenen Verkaufsständen und solche, die an ihre Arbeitnehmer und Angestellte Schuhe zum Weiterverkauf abgeben durch einen „heiligen Kampf“ befreitigen und sich so ein vollständiges Monopol des Schuhhandels sichern. Die reaktionäre Gründung der neuen Verband kam zum offensiven Ausbruch in dem Streit des Gründer Schuhhändlers Sterzing, der die Konsumvereine begeistert und beschimpft und ihre Belämpfung durch den Reichstag forderte. Das in geradezu funflosen Waten. Nichts, aber auch gar nichts gibt den Schuhhändlern ein unantastbares Recht auf die Konsumvereine, die vielmehr ihrerseits das unantastbare Recht haben, sich zusammenzuziehen, um ihren Bedarf auf einen zweckmäßig erreichbaren Art zu decken. Darum darf den Schuhmachers unter den Schuhhändlern rund und nett gesagt werden, daß ihr Kampf gegen die Konsumvereine ebenso trivial als ausgeschlosst ist. Nicht gut fertigte die Herren auch an der Weitensleiter Schuhfabrik Hugo Seiter mit dem Nachweis, daß im Segen auf den Einzelverkauf nach die Fabrikanten den Schuhhändler-Konkurrenz machen, sondern aber umgedreht diese den Fabrikanten, weil sie den Einzelverkauf von jeder in Weitensleiter betrieben und ihn nur auf Kommando der Schuhhändler aufgeben sollen. Innerhalb erstreckt er sich zu Entgegenkommen bezeugt. Die während drei Tagen in Leipzig von den Schuhhändlern mitgemachten Vergnügungen und Freudenmärsche bereiteten abwegig, daß es mit der „Kolleg“ der Schuhhändler in Wirklichkeit nichts ist. Wirklich nebstend sind nur die Schuhmachers Arbeiter, soviel sich die Vergnügungen der Herren Schuhhändler möglichen. Konstatiert jetzt noch, daß nun auch der „Schuhmarkt“ seinen Schuhhändlerverband hat und darin seinem konkurrierenden „Schuh und Leder“ wieder gleichgestellt ist. Und das ist für ihn die Hauptfrage.

— Brach in Pirmasens. Die Passiven in dem Konkurs der Schuhfabrikum Bal sollen zirka 125.000 M. betragen. Als Grunde der Zahlungsunfähigkeit werden die ungünstige Lage der Schuhindustrie, ziemlich erbliche Verluste, dann aber wohl auch die mangelnde Fähigkeit, eine Fertigung selbständig zu leiten, angegeben. Ein Baumwollverein steht nicht in Ansicht. — Zu den Gläubigern im Konkurs Hörzinger gehören auch die Arbeiter mit ihrem Lohngehalben. Hörzinger befindet sich wegen Verlust des betriebsgeringen Bankrottes in Haft, sein mitverantwortlicher Schmiedegärtner, der mit seinem Vermögen Bürgschaft leistete, wurde wieder entlassen. Die Passiven in diesem Konkurs betragen über 70.000 M.

— Die Schuhmachers-Zwangseinigung in Freising bei München, die 1889 gegründet worden, ist wieder angeholt.

— Der deutsche Aufenthaltsort in Schuhwaren bringt in den ersten vier Monaten 1908 dem Gewerbe nach 6284 (1902 6017) in der Ausfuhr und 3998 (4505) Doppelzentner in der Einfuhr. Erstere ist demnach gestiegen, letztere zurückgegangen.

— Der schweizerische Schuhhändlerverband hat beschlossen, mit dem deutschen Schuhhändlerverband in Verbindung zu treten, zur gemeinsamen Verteilung der Schuhfabrikanten, welche an Konsumvereine, Warenhäuser etc. liefern. Also eine neue Internationale!

— Der Verband der deutschen Schuhhändler hat in aller Fälle angeklagt der Gründer Opposition in der Person des Berliner Handelskammerstreichs Dr. Gittelberg einen eigenen Verbandsstelle bekleidet, allein das Unrecht war in unaufhahsamem Anmarsche und läßt sich nicht mehr beschwören.

— Der Streik der Hamburger Schuharbeiter.

(Schluß)

Warum von Seiten der Geellschaften nun speziell für erfäßtige Arbeit eine immerhin erhebliche Steigerung gefordert wird, findet seine Erklärung in verschiedenen Reden und Ansätzen. Es handelt sich hier nämlich ausschließlich um sogenannte Saison-

arbeits, welche geradezu künftige Vorbildung erfordert. Sie häufig erst durch Jahrzehntelange Vorübung erreicht werden kann.

Dazu kommt, daß der Allgemeinverdienst dieser Arbeiter erfolglos ist und lange nicht für die Lebensbedürfnisse der Großstadt genügt.

Wer ist, O, wie ist ständige Regel ist, dem Arbeiter selbst in der dringlichsten Zeit nur der Baar pro Woche zum Fortgelten verabschiedet werden, weil sie nicht gut genug ausfallen würden,

wenn für Herrenbuden 15, Damenbuden 18 Stunden Arbeitszeit selbst von Vertretern der Innung auf dem Gewerbegericht als notwendig bezeichnet wurden, infolge Lieferzeit, wenn, da es sich fast ausschließlich um Hersteller handelt, Werkstätte, Feuerung und Licht vom Arbeiter selbst geführt werden müssen, wenn in der längsten Zeit des Jahres der Arbeiter nur ein bis zwei Baar erhält, ja sehr häufig wochenlang ganz aussehen muß, so wird es denn den denkenden Menschen begegnen erscheinen, das nur sehr wenige Arbeiter über einen Bodenlohn von 24 M. hinauskommen.

Tatsächlich waren auch noch unseren partikulären Feststellungen unter 170 Arbeitern der ersten, zweiten und dritten Lohnstufe ganze 11 Personen, welche einen Jahresverdienst von über 1200 M. aufzuweisen konnten und das trotz aller kapitalistischen Leistungsfähigkeit.

Die beiderlei Auslösungen in der hiesigen Presse halten den Vorständen des Gewerbegerichts verantwortlich, der Verlust einer Einnahme zu unterdrücken, worauf auch von beiden Seiten bereitwillig eingegangen wurde. Ein Schiedsgericht nun zweit von der Innung und zwei von den Arbeitern ernannte Vorstufen, darin der Gewerbegerichtsvorstand präsidieren sollte, sollte die von je fünf Vertretern beider Parteien vorgelegten Differenzpunkte prüfen und der nicht erfolgender Einstellung unparteiisch entscheiden.

Zug zweit lang ausgedehnte Sitzungen in welchen sich die Vertreter der Innung in der ganzen Glorie ihrer Innungsmehrheitlichkeit zeigten und nicht nur das Wohlgefallen, sondern auch starke Zurechtweisungen seitens des Vorständen, ja selbst auch seitens der von ihnen bestellten Beisitzer hervortaten, und wo sie ihre ganze sozialpolitische Niedrigstandslösung geradezu altertümlich feststellen ließen, mochten die Verhandlungen am Ende der zweiten abgebrochen werden, nachdem das Schiedsgericht der innenpolitischen Kleinheitsstruktur der Innungsbrüder vergeblich war.

Am 27. April brach der offene Kampf aus, der mit ausgesetztem Begeisterung einsetzte, wenn auch ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter weiter schwante. Von den zur Zeit beschäftigten 900 Gehilfen (nicht 84!) Doppelpersonal Schuhwarenimportiert wurden.

Das Verhältnis ist in jene die deutsche Schuhindustrie überaus günstig, nichtdesöniger mit seitens der deutschen Schuhfabrikanten doch beständig über die hohen Zölle der Schweiz und die niedrigen Zölle Deutschlands gekennzeichnet.

34 Unfälle sind in der Zeit vom 22. bis 29. Juni aus deutscher Schuh- und Schaffärbefabrikation bei der Beleidigungsinstitut-Berufsgenossenschaft angemeldet worden.

Aus der Schuhindustrie. Die Schuhfabrik von Adler in Frankfurt a. M. ist nach dem „Schuhmarkt“ in Liquidation getreten. — Die Sandalenfabrik von Weißels in Oberhausen erfaßt eine baumliche Vergroßerung.

— Eine Schuhmacherschau in Waalwijk (Holland) findet im nächsten Monat statt.

— Centralverband deutscher Schuhwarenhändler.

Von den Gründer Schuhhändlern veranlaßte Kongress der deutschen Schuhhändler hat in Leipzig stattgefunden und zur Gründung eines neuen Verbandes unter obigem Titel geführt, dem aber bisher nur ausgeschlossen nur Schuhhändler in Sachsen und Thüringen angehören.

Der neue Verband will energetischer als der ältere deutsche Schuhhändlerverband die Handelshäuser, Konsumvereine, Fabrik- und Sparvereine und ihre Konkurrenz bekämpfen.

Die reaktionäre Gründung der neuen Verband kam zum offensiven Ausbruch in dem Streit des Gründer Schuhhändlers Sterzing, der die Konsumvereine beschimpft und ihre Belämpfung durch den Weitensleiter Hugo Seiter mit dem Nachweis, daß im Segen auf den Einzelverkauf nach die Fabrikanten den Schuhhändler-Konkurrenz machen, sondern aber umgedreht diese den Fabrikanten, weil sie den Einzelverkauf von jeder in Weitensleiter betrieben und ihn nur auf Kommando der Schuhhändler aufgeben sollen. Innerhalb erstreckt er sich zu Entgegenkommen bezeugt.

Die während drei Tagen in Leipzig von den Schuhhändlern mitgemachten Vergnügungen und Freudenmärsche bereiteten abwegig, daß es mit der „Kolleg“ der Schuhhändler in Wirklichkeit nichts ist.

Wirklich nebstend sind nur die Schuhmachers Arbeiter, soviel sich die Vergnügungen der Herren Schuhhändler möglichen.

Konstatiert jetzt noch, daß nun auch der „Schuhmarkt“ seinen Schuhhändlerverband hat und darin seinem konkurrierenden „Schuh und Leder“ wieder gleichgestellt ist. Und das ist für ihn die Hauptfrage.

Die Gründung hoffte durch diesen Besluß von der weiteren Unterstützung des nicht mehr in Frage kommenden Arbeiter sich befreien zu können und wollte seiner nur noch die für ihre Werkstätten in Betracht kommenden Arbeiter unterstellen.

Rum hatte aber schon wochenlang die für eine Großstadt wie Hamburg viel zu geringfügige Unterstützung von 10 M. für Pedige und 12 M. für Verkäuferseite sowie für jedes Kind 1 M. die an sich braue Haltung der Arbeiter gewünscht, obgleich mit für die Pfandswoche diese Sache um 8 M. erhöht hatten, so daß Pfands und Hoffnungslösung eingerichtet waren. Davor wurde der Besluß zum Signal, daß 85 der bestens Arbeiter in der folgenden Woche die Arbeit beendigt aufnahmen und wodurch die Lohnkommission bis auf wenige Ausnahmen, zur Überei nicht zu belegen war, auch die Konjunktur niederzugehen begann, so verschloß schließlich am 22. Juni eine kombinierte Mitglieder-Versammlung, den Streik nach abgründigem Kampfe vorläufig aufzugeben.

Die Kommission hoffte durch diesen Besluß von der weiteren Unterstützung des nicht mehr in Frage kommenden Arbeiter sich befreien zu können und wollte seiner nur noch die für ihre Werkstätten in Betracht kommenden Arbeiter unterstellen.

Rum hatte aber schon wochenlang die für eine Großstadt wie Hamburg viel zu geringfügige Unterstützung von 10 M. für Pedige und 12 M. für Verkäuferseite sowie für jedes Kind 1 M. die an sich braue Haltung der Arbeiter gewünscht, obgleich mit für die Pfandswoche diese Sache um 8 M. erhöht hatten, so daß Pfands und Hoffnungslösung eingerichtet waren. Davor wurde der Besluß zum Signal, daß 85 der bestens Arbeiter in der folgenden Woche die Arbeit beendigt aufnahmen und wodurch die Lohnkommission bis auf wenige Ausnahmen, zur Überei nicht zu belegen war, auch die Konjunktur niederzugehen begann, so verschloß schließlich am 22. Juni eine kombinierte Mitglieder-Versammlung, den Streik nach abgründigem Kampfe vorläufig aufzugeben.

Dann war das letzte Geiste verloren. Ist damit nun auch der ganze Streik endgültig verloren, wie man im Vorstand und auch bei einem kleinen Teil der hiesigen Kollegen anzunehmen geneigt ist? Ich befürte das ganz entschieden. Wie kann in einem an sich durchgreifenden Kampfe, an dem mehr als 900 Arbeitnehmer beteiligt gewesen, das Verlieren der Positionen des zentralen Teiles entscheiden? Nur der oberflächliche Beobachter kann diese Schlüsse ziehen. Im Gegenteil, jetzt gilt es erst recht unangreifbar an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten, um in möglichst tiefgründiger Form und mit kollektiver Bereitschaft das letzte Feuerwerk gegenzustellen, was der richtiger Tatit keinerlei Schwierigkeiten machen kann. Nebenfalls werden auch die Herren Arbeitgeber ein andermal dreimal bestimmt, ehe sie die Arbeiter wieder so brutal provozieren, wie es diesmal geschehen, nachdem so mancher von ihnen nur am gänzlichen Panzerott vorbeigeschlüpft ist und andere eingestanden haben, daß sie 80 bis 60 M. Schaden pro Woche gehabt haben. Welche Rolle einige Steiger und Kleinstmeister in diesem Kampfe gespielt haben, will ich des Raumes wegen nicht mehr weiter erörtern, auch die eigentümliche Haltung des zweiten Obermeisters der Innung, unseres Vereinsmitgliedes, dessen Auszug der Vorstand ablehnt, weil er der einseitigen Darstellung des Betreibenden wohl mehr Glauben schenkt als unserer Verhandlungsbeschlüssen, sei hier bei Beurteilung erwähnt, weil diese Sache noch die nächste Generalversammlung beschäftigen wird.

Die Kosten des Kampfes kommen bis zur Fortsetzung des Vertrages noch nicht ganz genau überrechnet werden, bisher sind 16.559,65 M. verausgabt, wovon die Hauptfasse 11.806 M. zur Vergütung stelle.

C. Schau am Burg.

# Ein entschlossenes Urteil.

Böblau Nr. 2! Böblau in Bromberg. In Bromberg waren die Maurer und Zimmerleute in den Streit getreten, weil die Unternehmer prolog die verlangte Verlängerung des Tarifs auf fünf Jahre mit Erhöhung des Stundenlohns um 5 Pf. verweigert hatten. Auf Erfüllung der Arbeitnehmer wohlt vor dem Gewerbegeicht als Einigungsamt erschienen, aber ganz unmotiviert legten sie jede Verhandlung vor demselben ab, worauf die Arbeitnehmer in den Streit traten. Nun begann zur Niedermehrung der Streitenden die Sache nach Streitbrechern in Nachland und Staaten und sie wurden auch in diesen unerhörblichen Rezessen von behutsamlosen, sozial rücksichtigen und ungarnierten Proletarien gefunden. Die Transporte fanden ein gutes Polizeiher war zu ihrem Schutz aufgeboten und da anlässlich des Garnisonstreffens des in Bromberg domizillierten Regiments ohnedies viele Menschen auf den Straßen waren, gab es natürlich viel Aufsehen und Erregung, es kam zu Steinwürfen gegen die importierten Streitbrecher und ihre Schützen, ohne daß indessen jemand verletzt worden wäre. Es folgten zahlreiche Verhandlungen und Anläufe und zwar nicht etwa wegen "großen Unruhen", denn aus dem Vorgrage hätte der berüchtigte große Unruhen-Paragraph, der oft schon zur Verhöhnung und Empörung des geladenen Menschenverstands gegen Redakteure, Versammlungsredner usw. angemahnt wurde, geprägt, sondern wegen Landfriedensbruch. Subjekt, die Söhne der Bourgeoisie, die goldene Jugend hat bekanntlich schon oft genug andere Landfriedensbrüche verübt, aber da sie es seinem Menschen ein, von Landfriedensbruch zu reden, da stellt man die schlimmsten Ausführungen durch eine Polizei- oder Gerichtslinie für genügend gehalten. Die Proletarier in Bromberg aber wurden zu schweren Strafen verurteilt, die angeklagten Räuberhaupter Drösling und Dahms zu je 5 Jahren Zuchthaus, der Zimmerer Spielmann zu 4 Jahren, Maithius zu 8 Jahren, der 50-jährige, nie bestrafte Polizei-Bazarius zu 1 Jahr Gefängnis u. s. m. Insgeamt wurden gegen die 18 Angeklagten 14 Jahre Zuchthaus und 17 Jahre Gefängnis ausgeprochen, außerdem werden die drei erfrengteten nach ihrer Entlastung unter Polizeiaufschluß gestellt!

Die Angeklagten und Verurteilten, fast lauter Familienväter, waren von dem Urteil mehr vernichtet, ihre Kinder in der höchsten Verachtung! Diese Urteile mit ihren entsetzlichen Strafen, zu denen die Handlungen in keinem Verhältnis stehen, ziehen das Herz zusammen und bringen das Blut zum Stören. Man sollte es für unmöglich halten, daß Menschen über Menschen daran urteilen können. Und warum diese vernichtenden, drakonischen Urteile? Zur Wahrung der Autorität, das heißt der kapitalistischen Klassenherrschaft. Es muß traurig gestellt sein um eine Autorität, die nur durch die Vernichtung ganzer Familien geschützt werden kann. Eine solche "Autorität" istwert, daß sie der Teufel holt.

Der Mörder Hüsener, der salatlöslich, vorläufig und mit voller Überlegung seinen Rebenkennern auf den Straße niederschlägt, erhält zwei Jahre Fikung; arme Arbeiterschichten wegen Handlungen, die mit einer Polizeiherrengangig geführt werden könnten, bis zu fünf Jahren Zuchthaus und ihre Familien werden ins Unglück geführt!

Behände die Sozialdemokratie noch nicht, sie müßte geschaffen werden, damit die Befreiung solcher unerträglicher Zustände mit aller Energie angestrebt werden kann.

## Soziale Rundschau.

Der sozialdemokratische Parteitag soll, wie berichtet wird, vom 20. bis 27. September in Dresden abgehalten werden.

Richard Rösse, der jüngst in Dößau niedergeschaffte Reichsgerichtsgeheimdienst, ist innerhalb eines Monats im Alter von 55 Jahren gestorben. Rösse ist von Geburt ein Berliner (geb. 1848). Von 1879 bis 1886 war er preußischer Handelsrichter, 1886 bis 1898 stellvertretendes Mitglied des Reichs-Gerichtsgerichts, 1890 bis 1898 Vorsitzender des Verbands der deutschen Berufsgenossenschaften. Er verfasste mehrere sozialpolitische Schriften, trat wiederholt in Zeitungspartien in die Öffentlichkeit, war hervorragendes Mitglied vieler sozialpolitischer Kongresse und seit 1890 Mitglied des Reichstages als Vertreter des Wahlkreises Dessau-Zerbst. Er blieb lange Zeit fraktionell als Bildhauer, in neuerer Zeit schloß er sich der Freisinnigen Vereinigung an. Mit Rösse scheidet ein sozialpolitisch bedeutsamer und hoher Achtung wurdiger Mann. Richard Rösse bedeutete im Reichstage während der letzten Saison eine eigene und interessante Rolle. Er, der wohlhabende Mann und großer Unternehmer, war der Sozialpolitiker unter den Unternehmern und gegen die Unternehmer. Er war ein guter Kenner der sozialpolitischen Gesetzgebung und leiste seine ganze Kraft ein, die deutsche Sozialpolitik gegen mächtige Widerstände einzugehen in Bewegung zu halten. So wurde er einer der Verfechter des Scharlachgerüsts und des Reichsstaatskapitalismus. Beim d. Stimmabstimmung verfolgte er mit ungemeiner Sut den Mann, der auch ein großer Kapitalist, doch im Namen des Rechts gegen alle Ausnahmegesetze und alle Bedeutungsbestrebungen sich erhob und oft zu seinem Teil erbärdiges dazu bestrebt, daß realitätsnahe Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse gemildert und vereitelt wurden. Richard Rösse erwies sich auch in rein menschlichen Dingen als vorurteilsfreier und edler Charakter. Er zählte zu den wenigen aus dem bürgerlichen Parteien, die Viechtach das letzte Geleite gaben. Durch den Tod Rösse wird schon nur nach den allgemeinen Reichstagswahlen im Wahlkreis Dößau-Zerbst eine Neuwahl erforderlich. Am 16. Juni d. J. erhielt Dößau 11416 Stimmen, der national-liberale Kandidat 5704 Stimmen, der sozialdemokratische Parteigenosse Köppen 12268 Stimmen. In der Saison 1898 lagte Rösse mit 16.211 gegen 12.919 sozialdemokratische Stimmen.

Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes ist im Monat Juni dieselbe wie im Mai geboten mit 14.8 Arbeitssuchenden auf 100 offene Stellen; am 1. Juni 1902 waren es 166.1 Arbeitssuchende. Nach dem Vorjahr "Arbeitsmarkt" in die Befreiung im Juni gegen das Vorjahr darauf zurückzuführen, daß die Zahl der offenen Stellen sich um nicht weniger als rund 10.000 in den 126 Arbeitsnachschwachen vermehrt hat. Sodann aber ist infolge des großen Arbeiterbedarfs des Landwirtschafts- und Angestellt auf dem gewerblichen Arbeitsnachschwanz nur schwach gestiegen, gegenüber dem Vorjahr nur um 2000 Arbeitssuchende. Auch an den städtischen Arbeitsnachschwachen im Juni schafft her vor. Der Befreiung sind indessen nicht alle Gebiete und Städte gleichmäßig betroffen. In Frankfurt a. O. und Brandenburg herrsche teilweise Mangel an Arbeitern, in Halle a. S., Leipzig, Stralsburg und Breslau gäbe es dagegen Überschüsse von Arbeitern.

Sicherung des Koalitionsrechts. Die 82 Arbeiterbeiräte des Berliner Gewerbegeichts haben bei demselben den Antrag eingekraut, es mögliche bei den getreuen Körperschaften des Reichs auf Abänderung der Koalitionsbestimmungen hingestellt werden und zwar im Sinne der Streitigung des § 152 und 158 der Gewerbeordnung. In der "Soz. Praxis" behauptet sich mit dem Antrag sehr eingehend der Vorsitzende des Berliner Gewerbegeichts, Dr. Schalhorn, wobei er gründlich dem Begehr zu stimmt und ausführt, daß die Unternehmer alle Veranlassung haben, demselben schon wegen seiner ausgeprochenen Tendenz auf Wiederherstellung der Ausstände zu und Herbeiführung von Ruhe und Frieden mit Bobrikken zu begegnen. Die Arbeiter fordern nämlich zugleich auch die Wahrung der Korporationsrechte an die Berufsvereine gegen Verpflichtung der

legeren zur Anwendung des Einigungsamts vor Einstellung der Arbeit beginnen vor Entlassung der Arbeitnehmer. Für Kaufverhandlungen sollen Ordnungsrichter vorgezogen, die Statuten der Gewerbegeichts unterliegen werden. Dr. Schalhorn erklärt sich einverstanden mit der Streitigung des zweiten Absatzes des § 152, der die Verpflichtungen der Mitglieder gegenüber der Organisation illyrisch macht, während er den ersten Absatz, der die Aufhebung aller Vereinigungsverbote erklärt, aus Zweckmäßigkeitsgründen beibehalten will. Ebenso findet er aus Zweckmäßigkeitsgründen die Forderung nach Aufhebung des § 158 als ungeeignet, dagegen dessen Ausdehnung im Interesse der Arbeit auf Drohung und Gewalt gegen die rechtliche Ausübung des Koalitionsrechts für angezeigt, wodurch der Terrorismus der Unternehmer gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eingesetzt würde. Dem weiteren Gang dieser Aktion des Berliner Gewerbegeichts darf man mit Interesse entgegensehen.

## Protokoll

### der fünften außerordentlichen Generalversammlung der Zentral-Handels- und Sterbklasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands

(E. S. 91, Hamburg)

abgehalten vom 7. bis 9. Juli 1903 in Schweinfurt im Saalbau "An den Schanzen".

(Fortsetzung hat Schlaf.)

Ein Antrag Gewerkeiter, die Verhandlung eine halbe Stunde zu verlängern, wird abgelehnt. Wolff vertheidigt sich gegen die Angriffe Hasses bezüglich der Konferenz in Dauen, als habe er die Mitglieder ausgeregt. Er habe die Sache ganz objektiv vorgebracht und die Mitglieder zu beruhigen versucht. Es sei ihm dies aber nicht gelungen, indem die Erbitterung wegen der Streitigung des § 12, Abs. 8 zu groß geworden. Dem Artikel im "Schuhmacher-Schafft" steht er fern und billige ihn nicht. Er erläutert, den doppelten Berufsgeichten wieder das erhöhte Krankengeld zu gewähren. Die Funktionen des Ausschusses zu schwämmern, sei nicht zu empfehlen, denn eine Institution, die einzige Streitbehörde auf friedlichem Wege regelt, ist nicht zu entbehren. Er glaubt auch, daß die Aufsichtsbehörde zu ihrer Anwendung kein Recht habe.

Grimm spricht sich in ähnlichen Sinne aus. Steiner tritt für erhöhtes Krankengeld für doppelten Berufsgeichten ein. Die Unzufriedenheit darüber sei erfäßt und so lange denselben nicht entgegengestellt werde, gebe es keine Ruhe.

Gewerkeiter spricht in gleichem Sinne. Biedermann: Die Angriffe, wie sie gegen den Vorstand und die Generalversammlung in Stuttgart gerichtet worden sind, billige ich nicht. Recht Sachlichkeit wäre dientlicher gewesen. Wenn die Verwaltungsfeste Delitzsch den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung in die Hand genommen habe, so nur, um zu ermöglichen, daß eine nochmalige Verhandlung über den § 12, Abs. 8 stattfinde. In der Verwaltungsfeste Delitzsch sind von 69 Mitgliedern nur 8 einfach berufsgekehrt. Erfäßtlicher Weise glauben die doppelten Berufsgeichten, in ihrer Regel ankommt zu sein.

Joh. tritt ebenfalls für die doppelten Berufsgeichten ein und bezeichnet es als großes Fehler, daß man das erhöhte Krankengeld in Bezug gebracht habe. Man hätte nicht sofort auf den Begriff der Aufsichtsbehörde eingehen sollen. Verfehlt wurde es, die Kasse in eine Zuschlagsklasse umzuwandeln. Kühnle bemängelt, daß die zahlenmäßige Berechnung, wie sie der Vorstand vorgenommen habe, den Abgeordneten vorher nicht zugeföhrt worden ist. Er betrachte es als ein Verbrechen, daß den doppelten Berufsgeichten das erhöhte Krankengeld geföhrt werden, ist, wenngleich in seiner Verwaltungsfeste nur ein Drittel der Mitglieder doppelt berufsgekehrt sind. Dem Anfang der Aufsichtsbehörde, § 12, Abs. 8 zu befehligen, hätte man entschieden Widerstand entgegenlegen müssen.

Heiner schlägt die Verhältnisse in seiner Verwaltungsfeste und bemerkt, daß an eine Verstärkungsdurchsetzung nicht zu denken sei, sonst würden die jüngeren Mitglieder der Kasse verloren gehen.

Wanitschke bestreitet, daß die doppelten Berufsgeichten die Kasse mehr belasten, als die einfach berufsgekehrt die Kasse durch Zahlematerial aus seiner Verwaltungsfeste nachzutragen. Zum mindesten würde die Kasse keinen Vorteil haben, wenn sämtliche doppelten Berufsgeichten Behandlung und Arznei bei unserer Kasse in Anspruch nehmen würden.

Hofem erwidert um Wiederherstellung des § 12, Abs. 8 und beweist, daß die Aufsichtsbehörde mit dieser Fassung das Statut nicht wieder genehmigen werde.

Wolff gibt der gleichen Ansicht Ausdruck. Es kommt der Vorsitzende für den Antrag des Vorstandes zu § 8, nach welchem der Begriff der verhandlenden Berufsgeichten näher präzisiert werden. Der Beschluss der Stuttgarter Generalversammlung ist unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Eine Herstellung desselben sei unzulässig, wie aber anders ein Ausgleich bestmöglich der doppelten Berufsgeichten hergestellt werden solle, habe noch Zeit Redner erklärt.

Kühnlein: Ich habe seit Gründung der Kasse sämtliche Generalversammlungen besucht und bin erstaunt, daß bisweilen so viele Abgeordnete anwesend sind, welche die Angaben und rechtmäßigen Aufstellungen des Vorstandes bekräftigen, ohne auch nur den Versuch zu machen, das Gegenteil zu beweisen. Man möge sich der Wahrheit unterziehen, daß die Verwaltung genau durchzuführen, dann kann man finden, daß die Verwaltungsfeste mit vorwiegend doppelten berufsgekehrt Mitgliedern enorme Zuschüsse erfordert, während die Verwaltungsfeste mit vorwiegend einfach berufsgekehrt Mitgliedern die Gelder an die Hauptkasse absteuern. Dasselbe ergibt sich auch aus den Abrechnungen und Berichten anderer Kassenfests, wie Redner eingehend nachweist. Es scheint zweifellos sei, daß die doppelten Berufsgeichten die Kasse mehr belasten als die einfach berufsgekehrt und daß die einfach berufsgekehrt die doppelten Berufsgeichten in der Hauptkasse verursachen Defizit zu deßen haben. Dieselben noch mehr zu gunsten der doppelten Berufsgeichten belasten, sei nicht angängig. Daraus, daß den doppelten Berufsgeichten ein Unrecht zugesetzt ist, ohne seine Rede sei. Im Gegenteil, dieselben hatten eine Vergrößerung und erst durch den Stuttgarter Beschluss sei die Gleichheit aller Mitglieder hergestellt worden. Mit Einigung der Gleichheit der doppelten Berufsgeichten um ein Viertel des ortsüblichen Lohnes werde aber wieder die Ungleichheit unter den doppelten Berufs-

gekeiten selbst geschaffen. Denn da die Tagessöhne verschieden sind, würden die Mitglieder an Orien mit niedrigem Tagelohn den gleichen Beitrag nicht so hohes Krankengeld erhalten als die Mitglieder an Orien mit höherem Tagelohn. Das um ein Viertel erhöhte Krankengeld könnte unter keinen Umständen eingeführt werden.

Hierauf folgt Schlaf der Sitzung 6 Uhr 20 Minuten.

## Sitzung vom Mittwoch, den 8. Juli.

Die Generalversammlung über Abänderung des Statut wird fortgesetzt. Neue Geschäftspunkte werden nicht mehr geltend gemacht. Es werden die Interessen der doppelten Berufsgeichten noch vertreten von folgenden Rednern: Kaiser, Frieder, Feiler, Stodt, Hirschreiter und Biedermann. Insbesondere wird betont, daß den doppelten Berufsgeichten gefehlt sein müsse, in einer höheren Klasse einzutreten. Leichter Ansicht schlägt sich auch Feiler, John und Biedermann an.

Wolff tritt nochmals dafür ein, daß mindestens den Werkzeugmätern die Betriebsverschärfung belassen werden möge.

Er führt es eigentlich, daß gerade die Verwaltungsfeste, die den meisten Zuschuß gebrauchen, die Anträge auf Erhöhung des Krankengeldes stellen, wie Redner näher nachweist. Redner erläutert den Begriff "verwundete Berufsgegenden", so weit auszudehnen.

Er führt sich die Ausführungen an, ist gegen Zuschlagsklasse und für Erhöhung der Beiträge.

Hierauf wird auf Antrag Road die Generalversammlung geschlossen.

Es fällt, der das Schlafwort erhält, tritt den einzelnen Rednern bezüglich der doppelten Berufsgeichten entgegen und weiß die wiederholten Aufgetretenen Zweifel an seinen Ausführungen, deren Befriedigung nicht einmal vermutet sei und sowieso dies geschehen zu ganz falschen Berechnungen geführt war, ganz entgegen zu. Auch die Ansicht, daß die Kasse zu wenig leiste, ist falsch. Ein Vergleich mit anderen Kassenfests beweist einem Redner, daß unsere Kasse eine von den besten sei mit St. Eine Zuschlagsklasse werde sicher nicht in der Lage sein, daselbe zu leisten. Man Schlaf bemerkt Redner, daß er sich damit eine verstandene erläutern könne, wenn den doppelten Berufsgeichten gestattet werde, in die die Minimalklasse nach höher Klasse einzutreten.

Auf Antrag erfolgt zunächst Abstimmung darüber, ob den doppelten Berufsgeichten ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes mehr als Krankengeld gewährt werden soll. Die Abstimmung ist eine namentliche.

Für den Antrag stimmen: Manz, Kaiser, Hirschreiter, Stodt, Friedrich, Steiner, Feiler, Löhner, Wolff, Grimm und Haas.

Dagegen stimmen: Unger, Lühring, Blaßert, Kuhl, Road, Struve, Brink, Lödi, Himmermann, Hartendorf, Heiner, Biedermann, Böhlmann, Amling, Heinrich, Conde, Heymann, Bätz, Leyer, Hofem, Dösem, Höhlein, Knauth, Schäfer und Horn.

Der Antrag fällt mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Hierauf tritt Schlaf der Sitzung 12½ Uhr ein.

(Schlaf folgt.)

## Mitteilungen.

Bielefeld. Ein Schuhfabrikant, der seine Pflichten nicht erfüllt, scheint der Herr Kröger zu sein, denn seine ganze Handlungswelt zeigt davon. Gegenwärtig standiert der Vorstand des Deutschen Schuhmachers eine Warnung vor Zugang nach Bielefeld im "Schafft" erliches. In der letzten Geschäftsfest zwischen Oster und Frühling wurde in Krögers Fabrik mit verlängter Arbeitszeit (bevorzugt auf Sonntags) gearbeitet. Sowohl die übrigen Branchen volle Arbeitszeit hatten, mußten sie oft Stundenlang auf Warte warten. Nur sam der erste Mai, man wird ohne weiteres annehmen, daß das Gefühl der Arbeiter, an diesem Tage von mittags 12 Uhr feiern zu können, seitens der Firma Justierung erfahren würde. Doch weit gefehlt, plötzlich wurde durch Anschließendes Personal bekannt gemacht, daß wegen eingelaufener Aufträge sämtliches Personal arbeiten müsse. Nach einigen Tagen erfuhr man, daß die obigen Branchen, welche mit ihrer Arbeit in ständige Widerstände waren, den ganzen Tag arbeiten. Angeschick der obigen Berufsgeheiten glaubten die Arbeiter sich berechtigt einen halben Tag freizunehmen zu dürfen, was auch geschah. Es ging hierauf anfangs unter den gewohnten Berufsgeheiten weiter, jedoch nur zu bald wurden Kündigungen vorgenommen und weitere Kündigungen in rascher Folge gestellt. Gleichzeitig kündigten auch einige Arbeiter, die die Kommode hätten halten. Nun machte Herr Kröger den Fabrik ausdrücklich für die Warnung im "Schafft" verantwortlich und kündigte den jenen Mann. Aber auch dieses half nichts. — Die Fabrik voll der neuen und kostspieligen Maschinen, dazu nur sehr wenig Arbeit und infolgedessen geringe oder gar keine Bezahlung des angelegten Kapitals (wurde nicht das des Herrn Kröger) und dennoch wollten die Arbeiter nicht streiken, welches für einen so spezialisierten Unternehmer wie Herrn Kröger sehr seltsam sein mag. Die Zeiten von 1897 bis 1898 sind vorüber und muss schon in diesem Fall ein anderer Zeit angewandt werden. Unsere auswärtigen Kollegen werden nun wohl erkennen, daß wir genugend Abwehrkraft haben. Bei allem außerhalb Herrn Kröger, daß er nicht auf Reisen gehen könne und zwar wegen der unruhigen Elemente. Es muß ausdrücklich bemerkt werden, daß unsere Kollegen fast gar keine Forderungen gestellt haben, sondern nur einigermaßen volle Bezahlung wünschen. Herr Kröger hält aber diese Forderung für ganz unbedenklich und stellt an die Arbeiter Forderungen wie z. B. Ausübung der Kündigung einzelner Personen u. s. m. Wer ist hier wohl das unruhige Element? Außerdem ist in genannter Fabrik das allerneueste Produktionsmittel aufgestellt, nämlich Ueberholmaschine, mittwischen auch wenig Arbeitszeit gebraucht, es kommt nur darauf an, ob die gegenwärtig getätigten Sachen auch gebraucht werden können. Doch ja am heutigen Orte genugend gelehrte Arbeiter für sämtliche Spezialarbeiten befinden, es wohl aus obigen ersichtlich.

Cannstatt. Am 18. Juli fand hier eine öffentliche Schuhmacherversammlung statt, in der Kolleg. Jelg aus Stuttgart über das Thema: "Warum geht es bei uns nicht vorwärts?" referierte. Die Versammlung wird den höchsten Berufsgeheiten entsprechend bejubelt, ebenso von den 30 hier beschäftigten Gelehrten 22 anwesend waren. Der Referent schlägt in ausführlicher Weise die Berufsgeheiten und Wissstände in Cannstatt und führt unter anderem aus, daß es nicht das erste Mal wäre, wo den heigen Kollegen ihre tragische Lage vor Augen geführt wurde. Die Schuld liegt lediglich an der Flautheit der Kollegen, namentlich der älteren, die sie harmlosigkeit von der Organisation fernhalten. Besser führt der Referent aus, daß das Kof. und Logistikchef hier noch sehr stark vertrieben sei und daß der Rohstoffchef vom Jahre 1900 fast gar nicht mehr zur Gelung kommt, indem die Rohstoffe und leider auch die Kollegen selbst demselben zu wenig Beachtung schenken. Daher kommt es auch, daß die Schuhmacher von den andern Berufsgeheiten verachtet werden, weil sie ihr Recht mit führen treten. Bisher eines jeden Kollegen sei es unter Organisation beurteilt und für dieselben treu zu wirken. Dem Referenten wurde für seine treulichen Ansprüche mehrere Kollegen lobhafter Beifall. In der Diskussion beprachen mehrere Kollegen die örtlichen Berufsgeheiten und forderten gleichfalls zum Aufschluß an die Organisation auf. Zu jedem Schluß folgte der Referent noch die Weiser-Anmungen und ermunterte die Kollegen zu festem Anschluß an die Organisation.

**Kaiserslautern.** Auf die Erklärung des Herrn Muschelac in Nr. 27 möchten wir nachstehendes richtig stellen: Dass Herr M. alles als Unwahrheit bezeichnete würde, was bis jetzt in dieser Sache uns von seiner Person berichtet wurde, ist ja klar, denn nach den Mitteilungen, die von verschiedenen Seiten zugegangen sind, muss man eben auch die Wahrheit untergraben um sich wieder eingemessen zu rechtfertigen. Doch wir wollen bei der Wahrheit bleiben. Herr M. erklärte nämlich, dass die Entfernung der Stepperten kein Betriebsunterhaltung erfolgten, hat aber dabei vorgesetzt, dass in derselben Woche in hiesigen Lofathäusern solche geführt wurden und dass auch zwei Stepperten eingesetzt wurden. Sogar eine davon hat sich ganz besonders die Kunst des Herrn M. erworben und bekommt, obwohl sie leider arbeitet als unsere organisierte Kolleginnen, doch besser bezahlt wie diese. Dazu wollen wir noch bemerken, dass es nicht die Stepperten von Burden war, sondern eine von hier. Weiter erklärte M., dass die Differenzen wegen Einführung der Teilarbeit entstanden seien, hat aber wieder dabei vorgesetzt, dass gerade er bestreite war, dass die Teilarbeit einführte oder wenigstens die Urfache dazu gegeben hat, und zwar nur zu dem Zweck, um so durch das bei der Firma in ein gutes Renommee zu setzen, um befreimt darum, dass die Arbeitnehmer nur noch die Hälfte ihres bisherigen Lohnes verdienten. Dass sie das nicht annehmen, ist leicht begreiflich. Nach unberührtem Ausland wurde der Arbeitnehmer 2,50 Mt. Tagelohn bewilligt, worauf diese auch eingingen, nicht wissend, dass es nur darum zu tun war, die bestellte Pfingstferien fertig zu stellen. Nach 14 Tagen wurde wieder der neue Altkordars ausgegangen und weil man wieder einen Anstand befürchtete, so waren einige Aufbesserungen vorgenommen. Doch sich Herr M. auch lobt, die Arbeitnehmer sehr höflich zu behandeln, so wollen wir nur einige von den vielen Schmeichelworten anführen, mit denen er täglich die Arbeitnehmer belebt, wie „beschränkt“, „charakterlos“ usw. Zum Schluss schreibt Herr M., dass in der Versammlung über seine Person verschiedene Aussagen gemacht worden sind. Wir erklären dies für eine Unwahrheit.

**Weichenhain.** Am 5. Juli stand in Berichtssachen eine von der hiesigen Zahlstelle einerseits öffentliche Schuhmacher-Versammlung statt, in der Kollege Neubauer aus München über das Thema: „Der Kampf ums tägliche Brod“ in gebiedener Weise referierte. In der darauf folgenden Diskussion musste der Vorsitzende, Kollege Eigner, konstatieren, dass bei einem Teil der Berichtssachen Schuhmacher nicht einmal soviel Interesse an ihrer eigenen Lage vorhanden ist, um einige Stunden zu unserm und der Veranlassung beizutreten. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten dannte der Vorsitzende für das zukünftige Erleben und auch dem Referenten für seine gebiegenen Ausführungen, worauf die Versammlung geschlossen wurde. — Am 6. Juli stand hier in Weichenhain eine stärk beliebte öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Die gewerkschaftliche Organisation und ihre wirtschaftliche Bedeutung“. Der Referent, Kollege Neubauer aus München führte in ausgedehnter Weise die Entwicklung der modernen gewerkschaftlichen Organisation von ihren Anfängen bis heute den Anneindenden 8. August und zeigte deren wirtschaftliche Bedeutung gegenüber den Organisationen der Unternehmer. An der Hand unüberlegter Tatsachen wies Redner nach, wie notwendig gerade den Schuhmachern, gleichviel ob Hand- oder Maschinennarbeiter, eine starke Organisation sei. Nach einer lebhaften Debatte ernannte Kollege Neubauer in seinem Schlusswort die noch fernstehenden Kollegen zum Abschluss an unsere Organisationen. Wagen die Kollegen aus Berichtssachen und Weichenhain, die dem Bericht noch fernstehen, und die Ausführungen des Kollegen Neubauer gehört haben, darnach handeln.

### Verein deutscher Schuhmacher.

#### Bekanntmachungen des Central-Vorstandes.

Der Zahlstelle Birmensdorf wurde auf ihrem Antrag vom Vorstand gemäß § 5 Absatz 8 des Statuts die Genehmigung erteilt, auch von den 1511 den Mitgliedern 5 Pf. Extrabetrag pro Woche zu erhalten. Ebenso wurde der Zentral-Vorstand entschieden, dass die Genehmigung erteilt, von den männlichen und weiblichen Mitgliedern 5 Pf. Extrabetrag pro Woche zu erhalten. Die Mitglieder dieser Zahlstellen machen vorher ausserklarlich, dass die Rücksichtnahme dieser Extrabeträge die Folgen des § 8 Abs. 2 nach sich zieht.

Nürnberg, den 18. Juli 1908.

**Der Vorstand.**

#### Vereinsnachrichten.

Augsburg. 1. Rev. Oskar Laumann, Donauvorberstr. 28 II.

2. Rev. Albert Lammer, Oberer Brunnbach 1864. 3. Rev.

Bernhard Liebler, Karlstraße 4. Die Reiseunterhaltung zahlt Kollege Jos. Mausche, kurzes Lothgängchen zu jeder Tagesszeit aus.

**Darmstadt.** 1. Rev. Josef Schott, Beflingerstr. 92. 2. Rev. Anton Sparr, Elisenstraße 81. 3. Rev. Otto Friedrich, Mauerstr. 18. Referenten: Josef Wader und Stephan Schröder. Die Arbeitsnachweise befindet sich auf dem Arbeitse-Sekretariat, Elisenstraße 81. Dorfelsch wird auch die Reiseunterhaltung ausbezahlt. **Neustadt.** Der 1. Rev. August Schüler wohnt jetzt Königstraße 59. **Würzen.** 1. Rev. Robert Göhler, Marienstr. 21. 2. Rev. Max Döge, Sperlingsberg 18. Der 1. Rev. zahlt die Reiseunterhaltung mittags von 12 bis 1 Uhr, abends von 7 bis 8 Uhr und Sonntags vormittags von 9 bis 12 Uhr aus. Das Vereinslokal ist im „Schützenhaus“.

### Abschaltung über die Aussperrung in Birmensdorf.

#### Einnahmen:

Von der Hauptstasse erhalten . . . . .	82000 — Mt.
Aus der Lofastasse erhalten . . . . .	8706,85 "
Summa	85706,85 Mt.

#### Ausgaben:

Unterhaltung an 2701 Ausgelperrte mit 2326 Kindern. 1. Woche . . . . .	21184,85 Mt.
Unterhaltung für die 2. Woche . . . . .	20995,97 "
" . . . . .	20835,65 "
" . . . . .	20685,20 "
169 Abgereiste . . . . .	1165,20 "
Für Drucksachen . . . . .	519,14 "
Für Vermittelung . . . . .	75, "
Divere Ausgaben . . . . .	67,82 "
An die Hauptstasse zurück . . . . .	191,71 "
Summe	85706,85 Mt.

Außerdem sind an 128 Kollegen und Kolleginnen, welche nach Beendigung der Aussperrung nicht sofort Arbeit erhalten haben, bis jetzt rund 7000 Mt. an Unterhaltung ausgezahlt worden. Diese Zahl hat sich jetzt auf 12 Kollegen verengt. Es kann daher über diese Ausgabe eine Abrechnung noch nicht erfolgen.

**Der Vorstand.**

### Bekanntmachung.

Wegen reizender Beiträge wurden ausgeschlossen: Wendelin Spahn, Sebastian Geisenhof, Philipp Stummhofer, Heinrich Schiller, Wilhelm Klein, Karl Ludwig, Heinrich Ernst.

Offenbach, den 22. Juli 1908.

**Der Vorstand.**

### Bekanntmachung.

Im zweiten Quartal mußten folgende Mitglieder von der Zahlstelle Burg wegen reizender Beiträge ausgeschlossen werden: Ernst Behorn, Hermann Hagedorn, Wilhelm Kupfernagel, Frieda Kubols, Helene Schaller.

**Der Vertrauensmann.**

### Aufforderung.

Die Kollegen Georg Wöllinger, B.-Nr. 51866, einget. in Illm a. d. Joh. Voeller, B.-Nr. 43728, einget. in Cannstatt, welche abgereist sind, sowie Fr. Möllinger, B.-Nr. 51444, einget. in Cannstatt am 4. April 1902 werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Zahlstelle Cannstatt gegenüber nachzufolgen. Wir ersuchen die Vertrauensleute um die Angabe der Adressen der oben genannten Kollegen.

**Die Ortsverwaltung Cannstatt I.**

Die Zahlstelle Freystadt fordert die Vereinsmitglieder auf, ihre Mitgliedsbücher bis spätestens den 8. August abzugeben, da selbige in Ordnung gebracht werden müssen. Im Nichtbeachtungsfalle findet das Statut Anwendung.

**Die Ortsverwaltung Freystadt.**

**Viersen.** Vorläufige Anzeige. Sonntag, den 9. August, nachmittags 6 Uhr im Lokal der „Flora“ (Inhaber: H. Hügel). Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.

**Große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Bedeutung und Ausgabe eines modernen Gewerkschafts-Karikat. Referent: H. Götzenrodt-Krefeld.

2. Diskussion.

3. Verschiedenes.

**Der Einberuber.**

**Hermanns Reisehandbuch für wandernde Arbeiter** Meine Adresse ist jetzt: Joh. Scherm, Stuttgart, Rötestraße 12.

**Für Schuhmacher und Schuhhandlungen** empfiehlt ich meine selbstfabrizierten **Hansschuhe**.

In Ledet, Plüsche, Cord, Tuch u. s. w. durchgängt sowohl wie gefüllt. Spezialität: Mit ringum Federvesten. Schönster Ausführung. So billig als jede Konkurrenz. Besonders geeignet für Konsumvereine.

J. Schwald, Tuttlingen.

Collegen, lauft, wo möglich, nur bei Kollegen!

Wir ersuchen die Mitglieder, ihre Mitgliedsbücher der Reiseunterhaltung halber dem Unterhalter bzw. dem Käffner bis zum 15. August zu verabsolven.

**Die Ortsverwaltung Stettin.**

**Zur Beachtung.** Den Mitgliedern der Zahlstelle Großfürst zur Kenntnis, dass an den jetzt folgenden Sonntagen Bücher sowie Kurien zur Kontrolle und Abrechnung eingeführt werden. Einige Rückläufe möglicherweise werden begleitet, um nicht der Mitgliedschaft verlustig zu werden.

**Die örtliche Agitations-Kommission.**

### Berichtigung.

In der Nr. 80 des „Fachblatt“ ist in dem Artikel: „Wie breiten wir unsere Organisation aus?“ die Anzahl der im Schlossbetrieb und Schnellbäckereien Beschäftigten zu hoch angegeben. Da muss es heißen 833 und nicht 449, denn im Schlossbetrieb sind 217 und in den Schnellbäckereien 116 beschäftigt. („Fachblatt“ Nr. 10.)

### Zentral-kranken- und Sterbehilfe der Schuhmacher und verwandten Berufsge nossen Deutschlands.

(E. G. Nr. 91 Hamburg.)

Am der Sitzung des Vorstandes am 15. Juli 1908 sind die folgenden Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, nach § 5 als des Statuts aus der Rasse ausgeschlossen worden: P. Holthauer 2741, D. Langenfeld 19209, B. Lubbeck 3146, R. Müller 8066, G. Hermann 8098, S. Triestoff 13945, Fr. Regel 1484, R. Grämle 17282, G. Schöps 20112, B. Hart 20117, S. Range 20145, J. Sedlmeyer 7823, R. Kleit 17890, J. Majinger 20094, J. Bürkner 17482, B. Schöber 18014, A. Schlechter 18776, M. Arneis 18040, M. Dietmayer 7842, G. Schmid 11862, B. W. Martens 619, C. Bries 18702, Chr. Krohn 20523, J. Schmidt 20585, D. Koch 22405, G. Schwarze 22407, B. Arps 22481, L. Grüne 17749, G. Radmann 17829, G. Knoblauch 17818, M. Höhne 17824, L. Baborek 14308, J. Weber 19181, L. Kübel 22074, G. Baprotte 15394, N. Schuhert 14165, E. Schmidt 19502, M. Pobjed 4727.

Hamburg, den 15. Juli 1908.

Jul. Baffie, Vorsitzender.

### literarisches.

Der in seinem 28. Jahrgang vorliegende Neue Welt-Kalender für das Jahr 1904 (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.) enthält u. a. Kalendarien, — Poemata, — Statistische Schnippe, — Rückblick, — Menschen und Därfle, — Im Kreislauf des Jahres, — In der Zwischenzeit, Erzählung von Robert Schwedel (mit Illustrationen), — Feuerberge und Feuerstürmer, — Von Oswald Kohler (mit Illustrationen), — Geflügelzug in Kleinen, — Von Curt Gottschall, — Sprüche, — Margareth, Gedicht von Ernst Preysang, — Die Bahnsteigperrte, Eine Kleinstadtsgeschichte von Emil Rosenow (mit Illustrationen), — Die Fußpflege, Von Dr. J. Gabel (mit Illustrationen), — Hundert Jahre Polenspiele, Von A. Compte, — Erste, Gedicht von Dorothy Godber, — Saltzspeisen und Salzmerkte, Von A. G. (mit Illustrationen), — Zur dem Käufnungsgeiste, Von Dr. Schäffner, — Nahen, Erzige von Wilhelm Schmidt, — Innere Tiere (mit Porträts), — Sprüche, — Steinlöpfer, Gedicht von Ludwig Reffen, — Fliegende Blätter, — Ein gutes Geschäft, Humoreske von Olma Leibl, — Für unsere Käffner, — Trägheits- und Brüderkalender, — Über vier Augen: „Es war einmal...“ — Im Böhschause, — Abend, — An einem märkischen Walde, — Ein Dreifarbenband auf Kunstdruckpapier: Kohlenzähmern, — Ein Wandkalender.

### Briefkasten.

Fr. Bender, Frankfurt a. M. In einem iridenen Gefäß (Topf) schmölzt man 30 Gramm japanisches Wasch- und 150 Gramm Baumöl oder Rohöl und röhrt in die gleichmäßige Masse 7 Gramm Kremz ein, entfernt es von dem Feuer und parfümiert dieselbe mit einigen Tropfen Miranol.

Wegen Raumangst mußten mehrere Einsendungen für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

### Berlzeuge, prima Qualität, für Hand- und mechanischen Betrieb.

### Spezialität: Schwedische Messer, versch. Facons,

einige Niederlage schwedisches Feuergeräte.

E. Vogt, Berlin N., Volksringstr. 22.

Langjähriges Mitglied des Vereins d. Schuhmacher.

### Empfehlung

**Spezialgeschäft für handgerichtete Werkzeuge** sowie mein Lager in sämtlichen Sorten Schuhmacher-Arbeits wie Ledert, Gob- und Oberleder zu billigen Preisen.

Karl Nickel, Lederhandlung,

Braunschweig a. W., Neugasse 24.

Allen bekannten Kollegen bei meiner Abreise nach Amerika ein herzliches B. e. b. o. h. l.

Freystadt, den 25. Juli 1908.

Karl Schöning.

### Wilhelm Weprechts Restaurant,

Berlin SW, Schäferstraße 18/19.

Großes Lokal mit Regalbahn und Billard, — 2 Vereinszimmer, 80 und 100 Personen fassend, empfiehlt den vereinigten Bierhallen zur Abhaltung von Versammlungen, Werkstatt-Sitzungen und Vergnügungen.

Täglich musikalische Unterhaltung.

### Achtung! Inserate. Achtung!

Jeder Kollege, welcher der „Fachzeitchrift“ ein Inserat

von einem Geschäftsmann übermittelt, erhält von dem Betrag

25 Prozent Provision.

In der „Fachzeitchrift“ inseriert jeder Geschäftsmann unserer Branche mit Erfolg.

Verlag der „Fachzeitchrift“ in Gotha.